

tisch Stellung zu beziehen gegen die von vielen Professoren aufgeworfene Frage, „ob die Studentenschaft als Zwangsorganisation mit politischem Mandat überhaupt rechtens ist“ (so das Marburger Manifest).

Die Farce wissenschaftlicher Ausbildung in trostlos überfüllten Seminaren, der Streit um die Struktur des Lehrkörpers und den Stellenwert des Lehrstoffs, die Auseinandersetzungen zwischen Lehrenden und Lernenden, innerhalb der Professorenschaft und innerhalb der Studentenschaft, die Konfrontation von Radikalen und Reaktionsären, Reformern und Konservativen: All das verspricht der deutschen Hochschule, die es schwer hat, sich — wie der Soziologe Helmut Schelsky einmal sagte — „am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen“, auch fürs kommende Wintersemester einen Hauch von Chaos. Nach dem heißen Sommer naht ein heißer Winter.

MARBURGER MANIFEST

Hohe Blüte

Ganzseitige Anzeigen zum Stückpreis von 14 560 Mark warnten zu Anfang dieses Monats in der „Welt“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vor der „Gefahr, die das Wesen der deutschen Hochschule bedroht“. Rund 1500 Professoren, Dozenten und Lehrbeauftragte bekannten sich mit dem Abdruck ihres Namens zu der Meinung, eine „sogenannte Demokratisierung“ der Universitäten lasse die „Zerstörung der objektiven Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit“ erwarten.

Das „Marburger Manifest“, am 17. April von zunächst 35 Marburger Hochschullehrern verfaßt und beschlossen, formiert zum erstenmal eine Front akademischer Gegner der studentischen Mitbestimmung. Ursache dafür ist die erklärte Absicht einiger Landesregierungen, das alte Emanzipations-Begehren der Studenten nicht länger zu ignorieren.

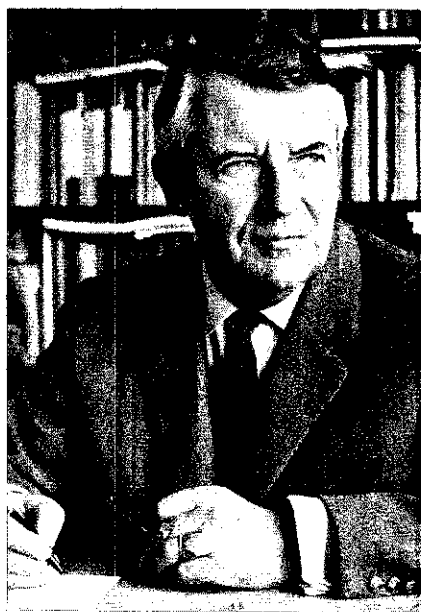
So hatte die Ständige Konferenz der Kultusminister auf ihrer 120. Plenarsitzung am 18. und 19. Januar in Berlin erklärt, „daß die überkommene Struktur und Organisation der deutschen Hochschule für die Bewältigung der heutigen Aufgaben nicht ausreicht“. Und das hessische Hochschulgesetz schreibt seit Mai 1966 sogar die Beteiligung von Studenten an der Wahl des Rektors vor.

Studentische Mitbestimmung, wie sie der SDS empfiehlt, drohte auch der Universität Marburg. Im Dezember 1967 wollte der Senat einen Passus der neuen Satzung diskutieren, in welchem den Studenten auf Vorschlag des damaligen Rektors Professor Otfried Madelung, 46, eine Beteiligung von 15 Prozent an den entscheidenden Gremien der Hochschule eingeräumt werden sollte.

Vor der Beratung versandte eine Gruppe von 23 Professoren ein hektographiertes Memorandum per

Drucksache an ihre Senatskollegen. In diesem Schriftstück wurde „den studentischen Wortführern“ unterstellt, ihr Ziel sei „eine Art Machtergreifung — und zwar unter weltanschaulichen Aspekten“. Obwohl das vorgeschlagene Modell den Professoren immer noch eine erdrückende Mehrheit gesichert hätte, sprachen sie ihren Schülern von vornherein die „Neigung“ ab, „mit leidenschaftlicher Sachlichkeit das Bestehende zu erforschen“ und nannten es einen „Irrtum zu glauben, der Universitätskörper könne sozusagen das Spiegelbild eines demokratischen Volkskörpers werden“.

Dennoch ging der Vorschlag des Rektors durch; das Echo auf die Reform-Schelte aber war enorm. Unverzüglich von einem Assistenten abgelichtet und dem Allgemeinen Studentenausschuß



SDS-Gegner Professor Wolf
„Eine Art Machtergreifung“

(Asta) übergeben, kursierte das Memorandum alsbald unter den Studenten. Eine zur gleichen Zeit wie der Senat tagende Studentenversammlung warf den 23 Professoren „autoritäres Denken“ vor und verwahrte sich in einer Resolution „entschieden gegen die antidemokratische Grundhaltung“ der Unterzeichner. Und die Humanistische Studenten Union wollte sogar eine Ähnlichkeit des Memorandums mit „NPD-Grundsätzen“ festgestellt haben. Der Marburger Asta über die Manifestanten: „Professorale Provos.“

Der damalige Marburger Asta-Chef und heutige Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) Christoph Ehmann, 25, fragte „nach diesem Aufruf einer radikalen undemokratischen Minderheit“ in einer Presseerklärung, „ob Personen mit einem derartigen Demokratiemverständnis noch das Recht haben sollten, als Lehrer an Universitäten der BRD tätig zu sein“.

Als schließlich auch Kollegen in das Gefecht eingriffen, stellte sich einer

der Initiatoren des Memorandums, der Ordinarius für Arbeitsrecht Ernst Wolf, 53, zum Kampf.

In seinem Auftrag drohte der Marburger Rechtsanwalt Helmut Schlangotto dem Asta-Chef mit einer Schadenersatzklage, falls er nicht zur Rücknahme seiner Äußerungen und zu befristeter Ehrenerklärung bereit sei. Darüber hinaus warf der Jurist Wolf dem Kollegen Abendroth in einem Leserbrief vor, zu „Gewalthandlungen terroristischer Gruppen aufgefordert“ zu haben, und bezeugte ihn mangelnder Verfassungstreue.

Waren Aktion und Reaktion zunächst einigermaßen auf Marburg beschränkt geblieben, so erfuhr die breitere Öffentlichkeit am 26. Februar von der „tiefen Sorge um unsere Universität“, die den Unterzeichnern gemeinsam war. Unter dem dramatischen Titel „Ich kann nicht länger schweigen“ veröffentlichte einer von ihnen, der Ordinarius für Kirchen- und Dogmengeschichte Ernst Benz, 60, seine Einwände „gegen die Anwendung der sogenannten ‚Demokratisierung‘ auf die Universität“ in der „Welt“.

In sechs Punkten und zuweilen den gleichen Formulierungen, wie sie sich später im „Marburger Manifest“ finden, führte Benz die „hohe Blüte“ der Forschung auf „einen möglichst politikfreien Raum“ zurück, in dem die „Wahrheitsfindung in Form eines Kollegialsystems betrieben“ werde.

Zwei Monate später unterschrieb er zusammen mit 34 Kollegen das „Marburger Manifest“. Dieses „Pamphlet“ (Soziologie-Professor Werner Hofmann) wurde nach Aussage von Ernst Wolf von allen 35 Gelehrten gemeinsam verfaßt; im Gegensatz zum Memorandum der 23 spielten auch „taktische Gesichtspunkte“ eine Rolle. Wolf zum SPIEGEL: „Zum Memorandum der 23 stehen wir in jedem Wort.“

Tatsächlich bemüht sich das Manifest vorsichtiger zu formulieren; Ausdrücke wie „Machtergreifung“ und „Volkskörper“ werden vermieden. Aber die Verwerfung aller Tendenzen zur „Demokratisierung“ der Universität schwächen die Unterzeichner nicht ab. So kennzeichnet Initiator Wolf denn auch die Einführung von Institutsräten mit einem deutlichen Wink als „Sowjetsystem“.

Einer der schärfsten Kritiker des Manifests, der Marburger Soziologe Professor Werner Hofmann, 45, stellte alsbald „kapitale Mißverständnisse“ fest. Der Behauptung, den Studenten fehle es an Sachverstand, hielt er entgegen: „Auch die Selbstverwaltung der Ordinarien-Universität ist wesentlich Selbstverwaltung durch Dilettanten gewesen.“ Und statt der befürchteten studentischen Machtergreifung fand er in der Demokratisierung der Hochschulgremien nur den Wunsch nach Kontrolle ausgedrückt: „Einer solchen Kontrolle aber bedürfen Einrichtungen sehr wohl, in denen Ordinarien bisher weithin nach eigenem Ermessen über

* „Sowjet“ = russisches Wort für „Rat“.

oft zahlreiche Mitarbeiter und beträchtliche Sachmittel verfügt haben."

Hofmann hat inzwischen zur Gründung eines „Bundes demokratischer Wissenschaftler“ aufgerufen, mit dessen Hilfe er sowohl die Autonomie der Hochschule sichern als auch ihre Demokratisierung betreiben will.

Aber auch die Manifestanten erwägen bereits die Gründung eines Vereins und wollen sich auf jeden Fall bemühen, die künftige Hochschulgesetzgebung zu beeinflussen. Denn das hessische Kultusministerium hat nach ihrer Meinung „gar kein Konzept der Hochschulreform“ und „läßt die Zügel schleifen“ (Physikprofessor und Mitunterzeichner Joachim Petzold, 39, zum SPIEGEL).

Damit zeichnet sich zum erstenmal in der deutschen Universitätsgeschichte die Gründung gegensätzlicher, vorwiegend hochschulpolitisch orientier-

zum SPIEGEL: „Die konservativen Vorurteile des Manifests gehen so weit, daß sie sogar den Boden des Grundgesetzes verlassen.“ Sein Kollege Hofmann, milder gestimmt, sieht im Manifest den „Schwanengesang der Ordinarien-Universität“.

BERLIN

OBERBAUMPRESSE

Zum Kochen

Genossin Christa erfüllte ein Übersoll: In zwei Tag- und zwei Nachtschichten übersetzte sie 93 engbedruckte Seiten aus dem Englischen. 16 SDS-Genossen eiferten ihr nach; auf acht Schreibmaschinen tippten sie den deutschen Text während einer einzigen Nacht.

in einem alten Fabrikgebäude am Stadtrand, hinter Atelier-Fenstern und einer eisernen Tür, füttern sie ihren Offset-Oldtimer mit Papierresten aus Gelegenheitskäufen.

Die defizitären Drucker verstehen sich als „kritisches Instrument der Neuen Linken“, und die linken Studenten bedienen sich ihrer gern, weil — wie SDS-Mann Bernd Rabehl lobt — „niemand sonst so schnell und so kompromißlos so linke Literatur liefert“.

Begonnen hat der Betrieb, vor anderthalb Jahren, vergleichsweise unpolitisch — mit Pop und Provo-Poems. Damals gründeten die lang- und kraushaarigen Werbe-Studiosi Hartmut Sander, 26, und Martin Dürschlag, 24, in einer ehemaligen Schuhmacherei an der Oberbaum-Brücke über die Spree mit einer Uralt-Maschine eine Druckerei.

Doch ihre Hoffnung, mit den Einkünften ihr Studium finanzieren zu können, erfüllte sich auch nicht, als der Politologe und SDS-Mann Gerd Petermann, 26, einst Betriebsassistent bei Krupp in Darmstadt, nun Philosophie-Student in Berlin, in das Unternehmen eintrat. Mit ihm kam der SDS.

Kurz vor dem Schah-Besuch im Juni letzten Jahres druckte die „Oberbaumpresse“ Flugblätter gegen Resa Pahlawi und ihr erstes „Oberbaumblatt“ (Verkaufspreis: zwanzig Pfennig), mit dem das FU-Gelände überschwemmt wurde. Inhalt: Kommunarden-Lyrik unter dem Titel „Gott, Schwanz, Vaterland“ und politische Fiktion: „Der Schah ist tot — Farah geschändet!“

Seither erschienen sieben weitere „Oberbaumblätter“. Neben Briefen von Che Guevara wurden umfängliche Artikel unter Überschriften wie „Masturbation oder praktische Bewußtwerdung?“ und „Das verratene West-Berlin“ veröffentlicht — gezeichnet mit den Initialen „A. J.“ und „R. S.“, hinter denen sich Rudi Dutschke verbarg.

Zudem produzierte das Untergrund-Unternehmen eine „Kleine Revolutionäre Bibliothek“ sowie Broschüren über die Oktoberrevolution und den Parlamentarismus (Herausgeber: „Projektgruppe Räte, Berlin“). Nebenher übte die Polit-Presse Solidarität mit rebellischen Schülern, deren Organe „Rote Sophie“ und „Roter Turm“ sie kostenlos mitdruckte, um den Klassenkampf im Klassenzimmer zu fördern. So geriet die „Oberbaumpresse“ zunehmend unter finanziellen Druck: Mittlerweile beläuft sich das Defizit auf 26 000 Mark.

Doch nicht nur Gläubiger und Polizei setzen der „Oberbaumpresse“ zu — neuerdings mucken auch Buchhändler auf, weil die Oberbäumer im Untergrund ihre Publikationen an Studenten und Arbeiter billiger als an die Sortimenter abgeben.

„Einige handeln uns deshalb schon gar nicht mehr“, klagt Oberbaum-Mann Petermann. Doch denen entgeht möglicherweise ein Verkaufsschlager, denn der nächste Oberbaum-Band soll bieten: Dutschkes Gesammelte Werke.



Oberbaum-Drucker Dürschlag, Petermann: „Liefere schnell linke Literatur“

ter Professoren-Parteien ab. Für beide gilt gleichermaßen, daß sie mit den bestehenden politischen Parteien nichts zu tun haben wollen.

Während aber die Kritiker des Manifests sehr genaue Vorstellungen von Hochschulreform haben, verhindert die heterogene Zusammensetzung der Unterzeichner (darunter der Heidelberger Nobelpreisträger Jensen ebenso wie unbekannte Lehrbeauftragte: Durchschnittsalter der 64 Marburger Gelehrten: etwa 60 Jahre) bislang ein gemeinsames Konzept. Fest steht nur, daß für den Fall institutionalisierter studentischer Mitbestimmung „eine Verfassungsklage erwogen wird“ (Wolf).

Politologie - Professor Wolfgang Abendroth, 62, gibt solcher Verfassungsinterpretation keine Chance. Das „Wesen der deutschen Hochschule“ sieht er bei Humboldt als „gemeinsame Betätigung von Lehrenden und Lernenden“ verstanden; die Berufung der Manifestanten auf Humboldt erklärt er für „falsche Ideologie“. Abendroth

Dann liefen die Bogen durch eine alte Kleinoffset-Maschine vom Typ „Rotaprint R 30 S“. Ungeschnitten und ungeheftet, flüchtig in blauen Karton gefaltet, wurden 1800 Exemplare der Kampf-Broschüre „Revolution der Arbeiter“ im Morgengrauen zu einer Kundgebung der Außerparlamentarischen Opposition (Apo) in Berlin geschleppt.

Mit der Tipp- und Schleppaktion half West-Berlins SDS unlängst einem Druckunternehmen, das für die politische Polizei ein ewiges Ärgernis, für die junge Rebellion eine wichtige Sache und für Branchenkundige ein wirtschaftliches Phänomen ist: der „Oberbaumpresse“ in West-Berlin.

Denn bei dieser Firma sind die Zahlen so rot wie die Texte. Aber unbeirrt vom Berg der Schulden und unbeeindruckt von der Verfolgung durch die Polizei arbeitet Deutschlands kurioseste Druckerei weiter — zumeist innerhalb, gelegentlich auch etwas außerhalb der Legalität. Zur Zeit residieren die Untergrund-Drucker an einem den Behörden unbekannten Ort;